

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/79

Berlin

31. Mai 1979

46. Jahrgang

Wirtschaft Polens in schwieriger Anpassungsperiode

Die wirtschaftspolitischen Instanzen Polens hatten auch 1978 versucht, das 1977 unter dem Schlagwort „Wirtschaftsmanöver“ aufgestellte Programm zu verwirklichen:

- Die Produktion von Gütern und Diensten sollte schneller wachsen als die Inlandsverwendung, damit das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht weiter abgebaut wird;
- die Struktur der Industrieproduktion sollte zugunsten des Exports und des privaten Verbrauchs verändert werden;
- die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote sollte gesenkt, die Investitionsstruktur zugunsten der „nicht-produktiven“ Bereiche (Wohnungsbau, Sozialpolitik) revidiert werden;
- Investitionen im produzierenden Sektor sollten vorrangig dem Agrar-Lebensmittelkomplex und ferner der Konsumgütererzeugung zugute kommen.

Nach der – allerdings lückenhaften und nicht ganz widerspruchsfreien – amtlichen Berichterstattung zur Wirtschaftslage wurden diese Ziele tendenziell verwirklicht. Da sich aber das gesamtwirtschaftliche Wachstum 1978 – ungeplant – spürbar verringert hat, waren eine relativ hohe Inflationsrate (+ 8,5 vH) und ein Rückgang der Realeinkommen (– 2,5 vH) die Folge.

Im Plan 1979 wird die Zielrichtung des „Wirtschaftsmanövers“ beibehalten. Hinzu kommen aller-

dings zwei weitere Prioritäten: Einmal soll die Energie- und Rohstoffbasis der Wirtschaft beschleunigt ausgebaut werden. Zum anderen sollen nach einem Beschluß des Warschauer Paktes die Aufwendungen für die „Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft des Landes“ erhöht werden. Die Ansprüche an das Sozialprodukt haben sich also vermehrt, der Spielraum für eine Wohlstandssteigerung ist enger geworden: Selbst wenn es gelänge, die Realeinkommen – wie geplant – um 1,5 bis 2 vH zu erhöhen, könnte der 1978 eingetretene Rückgang des Lebensstandards nicht mehr wettgemacht werden. Alles in allem sind damit nach einer sehr erfolgreichen Entwicklung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts die kurz- und mittelfristigen Zukunftsaussichten der Volkswirtschaft Polens nicht als rosig zu bezeichnen.

Produktion

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist nur noch halb so schnell (+ 3 vH) gewachsen wie im Vorjahr (+ 6 vH); die geplante Wachstumsrate konnte nur zur Hälfte erreicht werden. In Industrie (gemessen am Umsatz), Verkehr (gemessen am Güterumschlag) und Bauwirtschaft sind die Planvorgaben um jeweils 3 Prozentpunkte verfehlt worden. Für die unzureichende Produktionssteigerung in der Industrie – sie trägt mit über 52 vH zur Entstehung des Nationalprodukts bei – werden in erster Linie Engpässe bei Energie, bei einer Reihe von Rohstoffen und ande-

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen
Jährliche Veränderung in vH

	1970/65 ¹⁾	1975/70 ¹⁾	1976	1977	1978	1978	1979	1980/75 ¹⁾
	Ist					Plan		
Produziertes Nationalprodukt	6,0	9,7	7,1	5,6	2,8	5,4	2,8	7,0 - 7,3
Verwendetes Nationalprodukt	5,8	11,9	6,9	4,5	1,0	3,4	1,0	4,8
Beschäftigte ²⁾	2,3	2,0	0,9	0,9	1,0	1,5	.	1,3
Arbeitsproduktivität ³⁾	4,0	7,5	7,1	4,7	1,8	3,8	.	5,9 - 6,1
darunter:								
in der Industrie	4,9	7,7	9,7	4) 8,3	4) 5,8	4) 6,7	4) 5,3	7,7
in der Bauwirtschaft	5,2	10,0	5,9	4,8	5,3	.	3,4	8,3
Bruttoproduktion der Industrie	8,4	10,5	9,8	5) 8,6	5) 5,8	5) 6,8	5) 4,9	8,2 - 8,5
Bruttoproduktion der Bauwirtschaft	8,6	13,9	4,4	4,8	4,0	6,9	- 5,0	7,1
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	1,8	3,6	- 0,7	0,8	4,2	5,8	3,9 - 4,8	3,2 - 3,5
davon:								
Pflanzliche Produktion	2,0	3,0	5,4	- 7,5	6,2	8,5	5,1 - 6,8	3,7 - 4,2
Tierische Produktion	1,6	5,5	- 7,5	13,0	1,9	3,5	2,4	2,5 - 3,0
Geldeinnahmen der Bevölkerung ⁶⁾	6,6	13,3	12,1	12,2	6,6	6,6	7,6 - 7,9	7,6
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ⁷⁾ :								
real	1,9	7,1	3,5	2,3	- 2,6	1,8	1,5 - 2,0	3,0 - 3,4
nominal	3,7	9,8	11,4	7,1	5,7	3,0	6,5 - 7,0	.
Einzelhandelsumsatz	6,3	10,7	7,2	8) 12,2	8) 7,7	8) 9,8	8) 9,1	10,0
Anlageinvestitionen	8,1	18,4	2,3	7) 4,3	- 3,0	7) 4,9	- 9,0	6,5 - 7,0
Ausfuhr	9,4	10,7	5,4	11,4	9,8	9,9	9,1	11,8
Einfuhr	9,0	15,4	10,3	5,5	4,7	4,2	5,1	4,6

Anmerkung: Für 1978 vorläufige Zahlen.

1)Im Jahresdurchschnitt.-2)Ohne Lehrlinge.-3)Nationalprodukt je Beschäftigten im materiellen Produktionsbereich. Bruttoproduktion je Beschäftigten in Industrie bzw. Bauwirtschaft.-4)Umsatz je Beschäftigten.-5)Umsatz.-6)Netto.-7)Ohne Privatwirtschaft.-8)Warenlieferungen (aus Produktion und Einfuhr) für den Binnenmarkt zu laufenden Preisen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch 1978, Planerfüllungsbericht und Pläne.

ren Produktionsgütern (Rohstahl, Walzerzeugnisse, Elektrolytkupfer, Zement u. a. m.) und im Transportwesen verantwortlich gemacht. Negativ hätten sich auch die — altbekannten — organisatorischen Mängel in der ganzen Wirtschaft bemerkbar gemacht. Diese Faktoren haben dazu geführt, daß die Arbeitsproduktivität in allen Sektoren langsamer zunahm als geplant.

Bei der Arbeitskräfteknappheit ist gegenwärtig das wirtschaftliche Wachstum aber entscheidend vom Produktivitätsfortschritt abhängig. Das wird aus den Planproportionen für 1979 deutlich: Die Industrie soll mit knapp 5 vH expandieren; stärker noch soll die Arbeitsproduktivität zunehmen (+ 5,3 vH), weil die Zahl der Industriebeschäftigten um 20 000 (— 0,4 vH) verringert werden soll. Die Bauwirtschaft, deren Leistung im Zusammenhang mit der verminderten Investitionstätigkeit um 5 Prozent abnehmen soll, muß ihren Beschäftigungsstand sogar um 8 vH (90 000 Personen) abbauen (Produktivität: + 3 vH).

Ein Schwerpunkt der polnischen Industrieplanung für 1978 war die überdurchschnittliche Steigerung der Produktion von Konsumgütern (+ 10 vH). Diese

Planziele wurden laut Planerfüllungsbericht indes nur tendenziell realisiert. Deswegen wird im Volkswirtschaftsplan 1979 der im „Wirtschaftsmanöver“ festgelegte strukturpolitische Grundsatz aufrecht-erhalten.

	Zunahme der Produktion 1979 (in vH gegenüber Vorjahr)	Struktur der Produktion (Produktion insgesamt = 100)
Industrie insgesamt	4,9	100
Produktion für intermediären Verbrauch	2,8	49
Produktion von Investitionsgütern	- 9,7	3
Produktion von Konsumgütern	7,7	33
Produktion von Exportgütern	9,6	15

Die Landwirtschaft, Sorgenkind der Wirtschaft Polens, hat 1978 den Plan zwar nicht erfüllen können, ihre Leistung gegenüber den beiden Vorjahren — das gilt sowohl für die pflanzliche als auch tierische Produktion — aber deutlich gesteigert.

Produktion ausgewählter Agrarerzeugnisse

	1978 (Ist)		1979 (Plan)	
	Mill. t	Zunahme in vH gegenüber dem Durchschnitt 1973-1977	Mill. t	Zunahme in vH gegenüber 1978
Getreide	21,5	2,8	22,4	4,2
Kartoffeln	46,6	- 2,1	45,8	- 1,7
Ölfrüchte	0,7	1,9	0,8	14,3
Zuckerrüben	15,7	7,1	16,5	5,1

Wegen der schlechten Witterungsverhältnisse während der Erntezeit 1978 war jedoch die Qualität der meisten pflanzlichen Produkte schlecht, was sich besonders nachteilig auf die Bereitstellung von Futtermitteln ausgewirkt hat. Die für 1979 geplante Zunahme der Getreideproduktion (+ 4 vH) wird ebenfalls nicht ausreichen, um Polens Importabhängigkeit auf diesem Sektor zu verringern. Insgesamt sollen im laufenden Jahr knapp 6 Mill. t Getreide importiert werden (1977: 5,3 Mill. t).

Die Einfuhren sind in erster Linie erforderlich, damit die Viehwirtschaft ausreichend mit Futtermitteln versorgt wird. Es ist der polnischen Landwirtschaft 1978/79 gelungen, den Rückgang in der Viehhaltung, der vor drei Jahren wegen der äußerst schlechten Versorgungslage eingetreten ist, wieder auszugleichen (Bestand zur Jahresmitte in 1000 Stück):

	1975	1976	1977	1978	1979 (Plan)
Schweine	21,3	18,8	20,1	21,7	21,7
Rinder	13,3	12,9	13,0	13,1	13,4

Die Pro-Kopf-Versorgung der polnischen Bevölkerung mit Fleisch und Fleischerzeugnissen, die von 70,3 kg im Jahre 1975 auf rund 69 kg im Jahre 1978 fiel, soll sich laut Plan in diesem Jahr auf 71 kg verbessern, obwohl weder Importe von Fleisch noch von Fleischerzeugnissen beabsichtigt sind (Fleisch-einfuhr 1977: 98 000 t).

Im laufenden Jahr wird keine Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erwartet. Die geplante Zunahme des Nationalprodukts um knapp 3 vH wird bereits als sehr schwer realisierbar angesehen. Schon bei der Verabschiedung des Plans wurde darauf hingewiesen, daß die vollständige Beseitigung der vielfältigen Lieferengpässe in der Wirtschaft nicht möglich sein werde; überdies sei ungewiß, ob es angesichts der unsicheren Konjunkturlage in den westlichen Industrieländern gelingen wird, die ehrgeizigen Exportpläne zu verwirklichen. Der strenge und schneereiche Winter hat nicht nur

Produktionsausfälle zum Jahresanfang mit sich gebracht. Durch die Schneeschmelze sind zudem weite Teile des Landes in einem Maße überschwemmt worden, daß mit einer Erfüllung der landwirtschaftlichen Produktionspläne kaum noch zu rechnen ist.

Investitionen

Die Brutto-Anlageinvestitionen verringerten sich im Berichtsjahr insgesamt um 3 vH auf 659 Mrd. Zloty. Der Rückgang der Investitionstätigkeit betraf ausschließlich die Privatwirtschaft (- 26 vH); ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen fiel um 3 Prozentpunkte auf 9,5 vH.

Von den gesamten Investitionsmitteln gingen 21 vH in den Wohnungsbau. 1978 wurden insgesamt über 300 000 Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 19 Mill. qm bezugsfertig. (Durchschnittsgröße: 62,5 qm). Für 1979 sieht der Plan den Bau von weiteren 334 000 Wohnungen vor (Fläche: 21 Mill. qm); für diesen Zweck werden 26 vH der Brutto-Anlageinvestitionen bereitgestellt. Ebenfalls 26 Prozent der Investitionen — im Vorjahrsvergleich entspricht dies einem Zuwachs von vier Anteilspunkten — sind für den Agrar-Nahrungsmittelkomplex des Landes bestimmt. Im einzelnen zeigt der Investitionsplan 1979 folgendes Bild (Veränderung gegen 1978 in vH):

Brutto-Anlageinvestitionen insgesamt:	- 9
dar. Industrie	- 10
dar.: Brennstoffe und Energie	+ 14
Glas	0
Nahrungsmittel	0
Chemie	0
Landwirtschaft	+ 1,5
Wohnungsbau	+ 5
Kommunalwirtschaft	+ 3
Gesundheitswesen und Soziale Fürsorge	+ 15

Bereiche, die in früheren Jahren zugunsten der Schwerindustrie vernachlässigt worden sind, genießen heute Vorrang bei der staatlichen Zuweisung von Investitionsmitteln. Im produktiven Bereich konzentriert sich die Investitionspolitik auf Objekte, die 1979 oder spätestens im ersten Halbjahr 1980 fertiggestellt sein sollen; längerfristige Investitionsvorhaben werden vorerst nicht weiter verfolgt.

Die Inlandsverwendung des Nationalprodukts erhöhte sich 1978 um 1 vH auf 1787 Mrd. Zloty. Für das laufende Jahr ist eine Steigerung um ein Prozent geplant. Als Folge der geschilderten Investitionspolitik — die Netto-Anlageninvestition hat sich 1978 um 7 vH verringert, 1979 soll sie um 15 vH abnehmen — sind in der Struktur der gesamten Ver-

wendung folgende Veränderungen zu verzeichnen (Anteil in vH):

	1977	1978	1979 (Plan)
Verwendetes Nationalprodukt	100,0	100,0	100,0
Privater Verbrauch	57,3	57,5	58,6
Öffentlicher Verbrauch	11,2	12,0	12,4
Netto-Anlageinvestitionen	27,2	25,0	21,0
Lager-Investitionen, Staatl. Reservehaltung	4,3	5,5	8,0

Aus diesen, teilweise allerdings noch vorläufigen Angaben kann der Schluß gezogen werden: Die Verringerung des Investitionsanteils geht nicht einher mit einer entsprechenden Zunahme des privaten Verbrauchs, sondern mit einer kräftigen Steigerung der Lager- und Reservehaltung. Dieser (Residual-) Posten läßt sich nur schwer interpretieren.

Einkommen und Verbrauch

Die durchschnittlichen (Netto-)Monatslöhne und -gehälter (ohne Privatwirtschaft) sind 1978 um knapp 6 vH auf 4 600 Zloty gestiegen. Da die Erhöhung der Lebenshaltungskosten amtlich mit 8,5 vH ausgewiesen wird (Vorjahr: + 4,9 vH), hat sich die Kaufkraft der Arbeitseinkommen um fast 2,5 vH verschlechtert. Das laufende Jahr soll den polnischen Arbeitern und Angestellten zwar eine Kaufkraftverbesserung bringen; geplant ist eine reale Einkommenszunahme von 1,5 bis 2 vH. Diese Verbesserung ermöglicht aber keine volle Kompensation für den vorjährigen Verlust.

Die Verteuerung der Lebenshaltung¹ wäre noch höher gewesen, wären die Preise für Grundnahrungsmittel – aus politischen Gründen – nicht eingefroren geblieben. Die staatliche Subventionierung der Nahrungsmittel und Agrarerzeugnisse hat 1978 weiter zugenommen und 180 Mrd. Zloty erreicht (1975: 120 Mrd.); sie soll im laufenden Jahr auf einen Betrag von 250 Mrd. (+ 39 vH) steigen, so daß der Staat für „Lebensmittellieferungen auf dem Binnenmarkt im Wert von je einem Zloty ca. 73 Groschen zuzahlt“.

In Polen rechnet man in diesem Jahr mit einer verringerten Inflationsrate (rd. 5 vH). Sie soll durch die Steigerung der Nominaleinkommen ausgeglichen werden. Die Renten sollen um 8 vH, die Löhne der Arbeiter und Angestellten um 6,5 vH steigen. Der Abstand zwischen Renten und Arbeitseinkommen soll sich damit im laufenden Jahr auf fast 50 vH verringern (1978: 47 vH).

Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich 1978 um knapp 8 vH; nach Abzug der Preissteigerungen ergibt sich eine Stagnation. Auf vielen Teilbereichen

des Binnenmarktes kam es auch 1978 zu Versorgungsschwierigkeiten (Fleisch und Fleischwaren, Fisch und Fischwaren, Süßigkeiten, Kohle und Brennstoffe, Kühlschränke, Fernseher, Möbel, Pkw – um nur einige zu nennen), die für die wachsende Mißstimmung in der polnischen Bevölkerung verantwortlich sind. Diese „zurückgestaute Nachfrage nach vielen, verschiedenen Produkten“ (Gospodarka Planowa) stellt für die polnischen Planer auch einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar. 1979 soll die Lage dadurch ein wenig entspannt werden, daß sowohl der Warenabsatz an die Bevölkerung als auch der Umfang der entgeltlichen Dienstleistungen nominal um jeweils 10 vH zunehmen sollen.

Außenwirtschaft

Ebenso wie auf dem Binnenmarkt zielen alle Maßnahmen der staatlichen Außenwirtschaftspolitik seit einiger Zeit ausschließlich auf die Überwindung kurzfristiger Schwierigkeiten ab; mittelfristige Probleme werden außer acht gelassen. Wichtigstes Ziel ist die Beseitigung des Defizits im Westhandel, und diesem Ziel ist die polnische Außenwirtschaft 1978 einen wesentlichen Schritt näher gekommen.

Der Passivsaldo im Handel mit den OECD-Ländern ging um 500 Mill. auf 2 Mrd. US-\$ zurück. Im Plan 1979 sind eine Stagnation der Westimporte (1978: – 2 vH), eine weitere Zunahme der Westexporte um 9 vH (1978: + 10 vH) und damit ein Abbau des Defizits auf 1,6 Mrd. US-\$ vorgesehen. Es wird allerdings nicht mehr möglich sein, die Handelsbilanz gegenüber dem industrialisierten Westen schon bis 1980 – wie ursprünglich geplant – ins Gleichgewicht zu bringen.

Dem Haushaltsbilanzdefizit stehen allerdings beträchtliche Einnahmenüberschüsse aus der Dienstleistungsbilanz gegenüber (in Mrd. US-\$):

	1977	1978	1979 (Plan)
Saldo der Warenbilanz (fob)	– 2,5	– 2,0	– 1,6
Saldo der Bauleistungen und Dienstleistungen	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2
Saldo der Leistungsbilanz	– 1,6	– 0,9	– 0,4

In diesen Angaben, die vom polnischen Planungschef stammen, dürften allerdings die Zinszahlungen für die im Westen aufgenommenen Kredite ebenso wenig enthalten sein wie die privaten und sonstigen Geldübertragungen aus dem westlichen Ausland.

¹ Im Mai 1978 wurden die Alkoholpreise – drastisch – um 25 bis 30 Prozent erhöht. Der Anteil der Ausgaben für alkoholische Getränke an den Gesamtausgaben eines durchschnittlichen Arbeiterhaushalts liegt gegenwärtig bei knapp 3 vH, so daß sich die Lebenshaltung um knapp 1 vH aufgrund dieser Preiserhöhung verteuert hat.

Entwicklung des polnischen Außenhandels 1977 bis 1979

	1977		1978		1979	
	Mrd.Dev.-Zl. ¹⁾	Zunahme in vH	Mrd.Dev.-Zl. ¹⁾	Zunahme in vH	Mrd.Dev.-Zl. ¹⁾	Zunahme in vH
	Ist				Plan	
<u>Alle Länder</u>						
Ausfuhr	40,7	11,2	44,7	9,8	48,8	9,1
Einfuhr	48,6	5,4	50,9	4,7	54,0	5,1
Saldo	- 7,9	-	- 6,2	-	- 5,2	-
<u>Sozialistische Länder²⁾</u>						
Ausfuhr	24,5	12,4	27,3	11,4	29,8	9,3
Einfuhr	25,2	16,8	27,6	9,5	30,0	8,8
Saldo	- 0,7	-	- 0,3	-	- 0,2	-
<u>RGW-Länder³⁾</u>						
Ausfuhr	23,4	11,9	25,8	10,3	.	.
Einfuhr	24,2	17,3	26,3	8,7	.	.
Saldo	- 0,8	-	- 0,5	-	.	-
<u>OECD-Länder⁴⁾</u>						
Ausfuhr	12,5	6,6	13,7	9,6	14,9	8,7
Einfuhr	20,7	- 8,8	20,3	- 1,9	20,3	0
Saldo	- 8,2	-	- 6,6	-	- 5,4	-
<u>Entwicklungsländer⁵⁾</u>						
Ausfuhr	3,7	- 7,0	3,7	0	4,1	10,8
Einfuhr	2,7	37,8	3,0	11,1	3,7	23,3
Saldo	1,0	-	0,7	-	0,4	-
<u>nachrichtlich:</u>						
<u>Alle Länder:</u>						
Ausfuhr (fob)	40,7	.	44,7	9,8	.	.
Einfuhr (cif)	50,1	.	52,6	4,9	.	.
Saldo	- 9,4	-	- 7,9	-	.	-
<u>Terms of Trade⁶⁾ im</u>						
<u>Handel mit OECD-Ländern</u>	-	- 1,1	-	2,8	.	.

Anmerkung: Ausfuhr und Einfuhr - soweit nichts anderes vermerkt - fob-Werte.

1)1 Devisen-Zloty = 0,301 US-Dollar bzw. = 0,225 Transfer-Rubel.-2)RGW-Länder, Albanien, China, Vietnam.-3)Bulgarien, CSSR, DDR, Korea, Kuba, Mongolei, Rumänien, UdSSR und Ungarn.-4)24 in der polnischen Außenhandelsstatistik einzeln ausgewiesene Mitgliedsstaaten der OECD.-5)Als Restposten ermittelt.-6)Index der Ausfuhrpreise in vH des Index der Einfuhrpreise.

Darauf deutet der Umstand hin, daß sich Polen – nach Angaben der ECE – im vergangenen Jahr im Westen mit 3,5 Mrd. US-\$ neu verschuldet hat (Netto-Verschuldung Ende 1977: 13,5 Mrd. US-\$). Polen hat Anfang dieses Jahres von der US-Regierung einen weiteren Kredit in Höhe von 300 Mill. US-\$ zum Kauf von Agrarprodukten erhalten. Gegenwärtig laufen Verhandlungen zwischen der polnischen Außenhandelsbank und einem Konsortium westlicher Geschäftsbanken über einen neuen Finanzkredit (500 Mill. US-\$) – Polen verfügt offensichtlich, das zeigen jedenfalls diese Verhandlungen, nach wie vor über ein gutes standing in der westlichen Bankenwelt, und es wird diese Position in dem Maße noch verbessern, wie es gelingt, den Einfuhrüberschuß aus dem Westen zu reduzieren.

Im Handel mit den OECD-Ländern sind die polnischen Ausfuhrpreise 1978 wieder schneller gestiegen als die Einfuhrpreise; das Austauschverhältnis (Terms of Trade) hat sich nach einer Verschlechterung 1977 (– 1 vH) im vergangenen Jahr wieder verbessert (+ 3 vH). Als Rohstoffexporteur hat Polen von den Preissteigerungen auf dem Weltmarkt profitiert; die Terms of Trade im Westhandel haben sich seit 1973 um 8 Prozentpunkte zugunsten Polens verändert.

Über die Veränderung in der Warenstruktur des polnischen Außenhandels liegen erst einige wenige Angaben vor. Von den acht Hauptwarengruppen, die in der amtlichen Außenhandelsstatistik ausgewiesen werden, expandierte 1978 die Einfuhr von Agrar-

erzeugnissen (+ 18 vH) am stärksten. Die Agrar-
ausfuhr ging zugleich um 15 vH zurück, so daß sich
der Einfuhrüberschuß um knapp eine Mrd. auf
3,1 Mrd. Devisen-Zloty erhöhte: Der Einfuhrüber-
schuß bei Agrarerzeugnissen macht bereits die
Hälfte des gesamten polnischen Außenhandelsdefi-
zits aus.

Überdurchschnittlich (+ 16 vH) nahm der Wert der
eingeführten Brennstoffe und Energie zu. Mengen-
mäßig hat sich der Brennstoff- und Energieimport
indes verringert (– 2,5 vH), die Preise der impor-
tierten Energie haben sich um über 19 vH erhöht.
In erster Linie dürften sich die sowjetischen Ener-
gielieferungen verteuert haben; denn 90 Prozent der
polnischen Auslandskäufe von Energie und Brenn-
stoffen (Erdöl und -produkte, Erdgas, Koks-
kohle) stammen aus der UdSSR.

Die Einfuhr von Maschinenbauerzeugnissen (ein-
schließlich Fahrzeuge, feinmechanische, optische
und Erzeugnisse der Metallverarbeitung) erhöhte
sich 1978 nur um 4 vH. Diese Politik der „Rationali-
sierung der Importe“ soll — auch bedingt durch die
verlangsamte Investitionstätigkeit — 1979 verstärkt
fortgeführt werden: Die Einfuhr von Maschinen soll
insgesamt stagnieren, diejenige aus sozialistischen

Ländern dabei um 6 vH zunehmen und diejenige aus
westlichen Industrieländern „entsprechend“ zurück-
gehen (geschätzt: – 10 vH).

Importiert werden sollen 1979 neben Futtermitteln
vor allem Erdöl, Erdgas, Eisenerz sowie andere
Rohstoffe und Halbfabrikate, wobei „über 50 Pro-
zent des Rohstoff- und Materialimports aus kapita-
listischen Ländern stammen sollen“.

Insgesamt ist im Plan eine Zunahme der Importe
von 5 vH vorgesehen, während die Ausfuhren um
9 vH steigen sollen. Nach wie vor genießen die
Exporte in Polen absolute Priorität. Die Erfüllung
— und möglichst Übererfüllung — der Exportpläne
soll einmal durch eine verstärkte zentrale Kontrolle
gesichert werden (Instrument: sogenannte „opera-
tive“ Quartalspläne des Waren- und Zahlungsver-
kehrs mit dem Ausland). Zum anderen sollen „mate-
rielle“ Anreize eingesetzt werden: Jede Industrie-
vereinigung, der es gelingt, einen überplanmäßigen
Export im Wert von 1 Mrd. Devisen-Zloty zu realisie-
ren, kann dafür zusätzliche Importwaren für 200 Mill.
Devisen-Zloty kaufen; sie kann außerdem einen
Spezialfonds in Höhe von 400 Mill. (Binnen-)Zloty
bilden, aus dem individuelle Prämien an die Beleg-
schaft gezahlt werden können.

Abbau des Währungsausgleichs in der EG

Gebot einer integrierten Landwirtschaftspolitik

Die agrarpolitische Diskussion, die im Zusammenhang mit der Einführung des Europäischen Währungssystems geführt wird, vermittelt weithin den Eindruck, daß ein Abbau des Währungsausgleichs ohne eine Reform wesentlicher Elemente der gemeinsamen Agrarpolitik möglich sei. Tatsächlich wird aber, da die nationalen Konjunkturdivergenzen auf absehbare Zeit fortbestehen dürften, der Währungsausgleich nur abgebaut werden können, wenn der Agrarbereich nicht weiterhin künstlich dem gesamtwirtschaftlichen Geschehen entzogen wird. Mit der Abschaffung des Währungsausgleichs würde unerwünschten Strukturprozessen entgegen gewirkt. Allerdings müßten die Regierungen bereit sein, die „grünen“ Kurse der laufenden Wechselkursentwicklung anzupassen und die Konsequenzen für die nationalen Preisniveaus hinzunehmen. Der Ministerrat der EG ist sich dieses Dilemmas bewußt. Seine jüngsten Vorschläge zum Abbau des Währungsausgleichs bieten letztlich nur eine Schonfrist für die Rückführung der „grünen“ Kurse an die offiziellen Wechselkurse.

Währungsausgleich bewirkt Fehlentwicklungen

Die Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik sind in den letzten Jahren rapide gestiegen, ohne daß so wesentliche Probleme wie das zunehmende Einkommensgefälle innerhalb der europäischen Landwirtschaft oder die besonderen Schwächen der Agrarstruktur in einigen Gebieten der Gemeinschaft einer Lösung näher gebracht worden wären. Bei einem durchschnittlichen Zuwachs von rd. 15 vH jährlich haben die Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) — Abteilung Garantie — im Jahr 1978 eine Höhe von rund 8,2 Mrd. RE (Europäische Rechnungseinheit)¹ erreicht. In diesem Betrag ist der sogenannte Währungsausgleich mit rund 1 Mrd. RE enthalten.

Dieser Währungsausgleich war von Beginn seiner Einführung an umstritten. Erstmals wurde er angewandt, als Frankreich im Jahre 1969 den Franc abwertete, jedoch einen „grünen“ Kurs für die Landwirtschaft aufrechterhalten wollte, der die Franc-Abwertung nicht mitvollzog. Zur Vermeidung von Arbitragegeschäften im EG-Agrarhandel war es erforderlich, die Wechselkursspaltung außenwirtschaftlich durch Währungsausgleichsbeträge, d. h. Ausfuhrabgaben und Einfuhrsubventionen, abzusichern. Der „grüne“ Franc sollte zunächst nur zwei Jahre gelten, und in der Tat war der Währungsausgleich nach dieser Zeit auch wieder völlig abge-

¹ Vgl. Fußnote 1 in der nachstehenden Tabelle.

Bedeutung des Währungsausgleichs im Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) 1973 bis 1978

		1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹⁾
EAGFL gesamt	Mill. RE vH	4 016 100,0	3 702 100,0	4 485 100,0	6 051 100,0	6 909 100,0	8 235 100,0
Abt. Garantie	Mill. RE vH	3 833 95,4	3 439 92,9	4 336 96,7	5 802 95,9	6 662 96,4	7 964 96,7
Währungsausgleich	Mill. RE vH	140 3,5	137 3,7	406 9,1	505 8,3	860 12,4	993 12,1
Abt. Ausrichtung	Mill. RE vH	183 4,6	263 7,1	149 3,3	249 4,1	247 3,6	271 3,3
Nachrichtlich: Anteil des EAGFL am Gesamthaushalt	vH	81,5	73,3	72,9	73,4	76,8	.

1) Das Jahr 1977 war das letzte, für das der Gemeinschaftshaushalt in der Rechnungseinheit RE (= 3,66 DM) erstellt wurde. Seitdem gilt die variable Korbwährungseinheit ERE (1. Quartal 1979: 1 ERE = 2,51 DM). Für Vergleichszwecke wurden hier die Daten für 1978 in RE ausgewiesen.

Quellen: Kommission der EG, Finanzberichte über den EAGFL, verschiedene Jahrgänge; Gesamtberichte über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, verschiedene Jahrgänge.

baut². Die übrigen EG-Länder mit Ausnahme Dänemarks folgten jedoch dem französischen Vorbild: Bei notwendig gewordenen Abwertungen oder Aufwertungen wurde die Landwirtschaft ausgenommen; hin und wieder wurden die Währungsausgleichs-abgaben allerdings im Zuge der jährlichen Preisanhebung verringert. Insgesamt führte dies dazu, daß der gemeinsame Agrarmarkt mit freiem Warenverkehr praktisch aufgehoben wurde.

Der Währungsausgleich hat in der Gemeinschaft eine Reihe von Fehlentwicklungen verstärkt. Dies gilt einmal für die Kosten. Es liegt in der Mechanik des Währungsausgleichs begründet, daß die erforderlichen Beträge um so höher sind, je weiter sich die „grünen“ Währungen von den Leitkursen entfernen. Weil sich das internationale Währungsgefüge im Laufe der siebziger Jahre durch Wechselkursänderungen immer mehr verschoben hat, sind die Kosten für den Währungsausgleich rasch gestiegen. Doch sind dies noch nicht die schwerwiegendsten Folgen der währungspolitischen Isolation der Landwirtschaft. Viel entscheidender sind die nachteiligen Wirkungen auf den Wettbewerb, insbesondere produktionsstimulierende bzw. -hemmende Langfristwirkungen, die aus den unterschiedlichen Begünstigungen oder Belastungen der Landwirtschaft in Aufwertungs- bzw. Abwertungsändern resultieren.

Die Agrarmarktordnungen unterscheiden sich in Form und Protektionswirkung sehr stark voneinander. Der Währungsausgleich wird nicht bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen angewandt, sondern nur dort, wo die Marktorganisation Interventionspreise und daher in der Regel auch staatliche Aufkäufe vorsieht, sowie dort, wo sich der Preis nach dem der interventionfähigen Produkte richtet. In den Währungsausgleich einbezogen sind Getreide, Zucker, Rind- und Schweinefleisch, Wein, Eier, Geflügelfleisch und Albumine sowie bestimmte Verarbeitungserzeugnisse wie Joghurt, Milchpulver und Süßwaren. Nicht einbezogen sind Obst, Gemüse und Olivenöl — hier gibt es keine Interventionspreise — sowie Schaffleisch, Kartoffeln und landwirtschaftlicher Alkohol, Erzeugnisse, für die keine gemeinsame Marktordnung besteht.

Infolgedessen wirken sich unter den Bedingungen der gespaltenen Wechselkurse und des Währungsausgleichs Kursänderungen unterschiedlich stark auf das Rentabilitätsverhältnis der Produkte untereinander aus. Wertet ein Land ab und verhindert es, daß die an die Rechnungseinheit gebundenen Marktordnungspreise entsprechend angehoben werden, so wird der dem Währungsausgleich unterworfenen Teil der Agrarproduktion relativ — also gegenüber dem nicht diesem Ausgleich unterworfenen — benachteiligt. Im Aufwertungsland hingegen werden die Interventionserzeugnisse begünstigt; infolge

Auswirkung!) einer mit dem Wirtschaftsjahr 1979/80 beginnenden Verringerung des Währungsausgleichs auf den EG-Haushalt
(Millionen ERE²)

Betroffene Währung	Richtung des Währungsausgleichs	Ausgabensteigerung (+) oder -senkung (-) bei Abbau des Ausgleichsatzes um einen Punkt	
		im Wirtschaftsjahr 1979/80	im Haushaltsplan 1979
DM	+	- 16,7	- 11,9
bfr/lfr	+	- 10,7	- 2,7
hfl	+	- 34,6	- 13,6
FF	-	+ 50,1	+ 18,6
Lit	-	- 7,7	- 7,3
£	-	- 18,6	- 5,9
Ir£	-	- 12,0	+ 7,0
dkr ³⁾	0	-	-
gesamt	.	- 26,2	- 15,8

1) Diese Zahlen beruhen auf der am 18.1.79 herrschenden Währungslage.- 2) Vgl. Fußnote 1 der vorhergehenden Tabelle.- 3) Dänemark wendet keinen Währungsausgleich an.

Quelle: Kommission der EG, Vorschläge zur Festsetzung der Preise für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse und zu einigen flankierenden Maßnahmen. KOM (79) 10 endg. Teil II, S. 25 u. 26.

eines künstlich hochgehaltenen Stützpreisniveaus und einer Exportsubventionierung unterbleiben Produktionseinschränkungen, zum Teil kommt es sogar zu zusätzlichem Produktionsanreiz, beispielsweise bei Milcherzeugnissen und Zucker. Während im Aufwertungsland änderungsbedürftige Strukturen aufgrund der „grünen“ Währungen konserviert werden, wird die Landwirtschaft in den Abwertungsändern einem künstlichen und strukturverzerrenden Anpassungsdruck ausgesetzt, der um so stärker ist, je länger dieser Zustand — in einigen EG-Ländern sind es bereits acht Jahre — anhält.

Noch gravierender erscheint die Lage, wenn man nicht nur die Erlös-, sondern auch die Aufwandsseite betrachtet. Da sich der Währungsausgleich ausschließlich auf die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse bezieht, wirken sich Wechselkursänderungen voll auf die Preise der Vorleistungsimporte der Landwirtschaft aus. Einfuhren, die für Investitionen und laufende Produktion benötigt werden, verbilligen sich im Aufwertungsland und verteuern sich im Abwertungsland: Folglich wird der erzeugerpreisbedingte, künstliche Rentabilitätsvorsprung von der Importseite her im Aufwertungsland noch vergrößert,

² Der direkt einkommenswirksame „Aufwertungsausgleich“, den die deutsche Landwirtschaft aufgrund der 8,5 prozentigen DM-Aufwertung vom Oktober 1969 erhielt, hätte ursprünglich nach vier Jahren abgebaut sein sollen. Tatsächlich wird er — bei degressiver Gestaltung — erst 1980 verschwinden; bis dahin wird die Landwirtschaft knapp 13 Mrd. DM an Einkommensübertragungen erhalten haben. Vgl. Agrarbericht 1979, Materialband S. 137.

im Abwertungsland hingegen verstärkt sich der Wettbewerbsdruck³.

Die Preisspaltung mit außenwirtschaftlicher Absicherung induziert Handelsströme von zum Teil beachtlichem Umfang: So läßt sich der Wettbewerbsvorteil, den vor allem die süddeutschen Molkereien gegenüber den italienischen haben, an der Exportentwicklung bei Frischmilch und Rahm ablesen. Die italienische Einfuhr stieg seit Beginn der währungspolitischen Maßnahmen in der Landwirtschaft kräftig. 1970 hatte Italien rund 70 000 t Milch und Rahm importiert, ein Viertel davon aus der Bundesrepublik. 1976 erreichte die Einfuhr bereits 873 000 t, 85 Prozent davon allein aus der Bundesrepublik. Der deutsche Anteil an der italienischen Buttereinfuhr ist ebenfalls rapide in die Höhe gegangen. Auch die italienischen Einfuhren von Rindfleisch stammen größtenteils aus der Bundesrepublik. Diese Entwicklung spiegelt, wie Berechnungen zeigen⁴, eindeutig den Wettbewerbsvorteil der westdeutschen Molkereien wider. Daß Standortvorteile — Verkehrsnähe Bayerns zu Italien — nicht ausschlaggebend sind für die günstige Exportentwicklung, zeigt ein Vergleich der Buttereinfuhren Großbritanniens aus Frankreich und der Bundesrepublik. Die im Vergleich zu Frankreich besseren Verkaufserfolge der Bundesrepublik auf dem britischen Markt sind in erheblichem Umfang auf den Währungsausgleich zurückzuführen.

Die EG-Kommission hat bereits einen Teil dieser Wettbewerbsverzerrung rückgängig gemacht. Die Währungsausgleichsbeträge werden nicht mehr auf den vollen Warenwert gewährt bzw. erhoben, sondern nur noch auf den Rohstoffanteil; zuvor war sogar die Verarbeitungsspanne der Molkereien subventioniert worden. Nachdem die „ausgleichsberechtigten“ Spanne seit gut einem Jahr nur noch zur Hälfte angerechnet worden ist, soll sie nun endlich völlig aus dem Währungsausgleich herausgenommen werden.

Baldiger Abbau des Währungsausgleichs?

Frankreich weigerte sich im Dezember vorigen Jahres, dem Europäischen Währungssystem beizutreten, wenn nicht verbindliche Vereinbarungen zum sofortigen Abbau des Währungsausgleichs getroffen würden. Die Agrarminister, durch dieses Junktim im März an den Verhandlungstisch gezwungen, kamen im wesentlichen zu folgendem Kompromiß:

- Neue Währungsausgleichsbeträge werden künftig innerhalb von zwei Jahren wieder abgebaut;
- Erhöhungen von Marktordnungspreisen werden gegen positive Ausgleichsbeträge verrechnet;
- gegenwärtig noch existierende Währungsausgleichsbeträge werden nicht automatisch, son-

dern im Rahmen der jährlichen Preisverhandlungen reduziert;

- generell darf der Abbau nicht zu nominellen Einkommenseinbußen der Landwirte in den betreffenden Ländern führen.

Welcher Fortschritt in diesem Kompromiß zu sehen ist, geht daraus hervor, daß sich die Kommission in ihrem Vorschlag vom Februar nicht hatte entschließen können, auch den Aufwertungsländern den Abbau ihres (positiven) Währungsausgleichs dringend zu empfehlen⁵. Nach der Vorstellung der Kommission wäre — ohne anderslautenden Beschluß des Ministerrats — sogar automatisch ein erneuter Währungsausgleich bei Aufwertungen oder Abwertungen fällig geworden⁶.

Der vom Ministerrat gefundene Kompromiß weckt zwar die Hoffnung, daß man künftig wieder zu gemeinsameren Formen der Agrarpolitik zurückkommen wird; es ist aber keineswegs auszuschließen, daß die Mitgliedstaaten mit Hilfe neuer Währungsausgleichsbeträge oder direkter Einkommensbeihilfen, die von dem Kompromiß abgedeckt werden, nach wie vor doch nur Eigeninteressen verfolgen. Diese Skepsis wird durch die Auswüchse des bisher praktizierten Systems gestützt. So ist die auch von der Bundesregierung propagierte „pragmatische“ Handhabung des Währungsausgleichs bereits so weit gegangen, daß je nach Produkt unterschiedliche Sätze gelten.

Selbst wenn man in Ausnahmefällen zum Währungsausgleich greifen sollte, um Anpassungshärten zu mildern, müßte es das primäre Ziel einer rationalen Agrarpolitik sein, die Landwirtschaft wieder stärker in die Gesamtwirtschaft einzubinden. Es ist nicht einzusehen, warum in Aufwertungsländern unter allen Wirtschaftsbereichen nur der Landwirt-

³ Hierbei sei darauf hingewiesen, daß das überhöhte und durch Währungsausgleich in Aufwertungsländern zusätzlich hochgehaltene Preisniveau die Beimischung konkurrierender Billigprodukte (sog. Substitute) in Futtermittelmischungen fördert. Da ein Einfuhrverbot bei Tapiokamehl zum Schutz der heimischen Gerste politisch nicht opportun ist, ist die Kommission mit Billigung des Ministerrats auf sog. Selbstbeschränkungsabkommen ausgewichen, die die gleiche Wirkung haben.

⁴ Vgl. M. Schöpe: Auswirkungen von Wechselkursänderungen, Währungsausgleich und unterschiedlichen Preisteigerungsraten auf die Wettbewerbsposition einzelner EG-Länder im Agrarbereich. Ifo-Studien zur Agrarwirtschaft, Nr. 15, München 1976; ferner: Agrarwirtschaft, 1976, Heft 12, S. 334 ff.

⁵ Kommission der EG: Vorschläge zur Festsetzung der Preise für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse und zu einigen flankierenden Maßnahmen. KOM (79) 10 endg., Teil II, S. 58.

⁶ Gegen eine solche Automatik wandte sich sogar das Europäische Parlament, in dem die Agrarinteressen traditionell stark vertreten werden; vgl. hierzu Sitzungsdokument 675/78, S. 23.

schaft keine Anpassung zugemutet werden soll. Abwertungsländern, die sich wie Großbritannien gegen die Übernahme der Abwertungskonsequenzen für die Verbraucher wehren und statt dessen

die Stabilitätsoffer der Landwirtschaft aufbürden, sollte klar gemacht werden, daß Währungsausgleichsregelungen kein Ersatz für eine antiinflationäre Wirtschaftspolitik sein können.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Kohle in der Welt bis 1985.** Von Manfred Rumberger und Eberhard Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.

Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von Reiner Stäglin unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.

Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.

Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung** — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.

Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Bur-schat. 172 S. 1978. DM 82,—.

Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.

Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.

Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.

Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.

Im Druck:

Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 8. 6. 1979 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Wirtschaft Polens in schwieriger Anpassungsperiode bearbeitet von Heinrich Machowski. —

Abbau des Währungsausgleichs in der EG bearbeitet von Peter Hrubesch.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.